

ZUM TODE VON MINISTER a. D. ERWIN ZAJIČEK
(1890—1976)

Von Helmut Slapnicka

Als 1953 Alexander Spitzmüller im 93. Lebensjahr starb, der österreichische Handelsminister in den Jahren 1915 und 1916, löste die Todesnachricht Überraschung und Staunen aus. Kaum jemand hatte gewußt, daß bis dahin noch ein Mann gelebt hatte, der sein Ministeramt noch unter Kaiser Franz Josef ausgeübt hat und nicht nur das Ende der Donaumonarchie, sondern auch das der Republik Österreich und schließlich das des Großdeutschen Reichs überlebt hat und in geistiger Frische und mit kritischem Blick die Entwicklung des neuen Österreich verfolgte.

Nicht viel anders ging es vielen, die im Oktober 1976 die Nachricht vom Ableben Erwin Zajičeks erfuhren. Wann hatten sie diesen Namen zuletzt gehört? 1936 war er zum Regierungsmitglied der Tschechoslowakischen Republik ernannt worden, 1938 hatten die politischen Ereignisse seine Amtstätigkeit beendet. Wer erinnerte sich — nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nach der Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Ländern — noch daran, daß es in der Tschechoslowakei auch deutsche Minister gegeben hat, deren letzter eben, 38 Jahre nach dem Münchner Abkommen, gestorben war?

Erwin Zajiček, am 22. November 1890 im südmährischen Fröllersdorf als Lehrerssohn geboren, stand nach der Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt der Schulbrüder in Wien seit dem Jahr 1910 im Schuldienst an den Volksschulen in Nikolsburg, Pohrlitz, Pollau und Neusiedl, später an den Bürgerschulen in Feldsberg und Znaim. Noch im alten Österreich schloß er sich der Christlich-sozialen Partei an. Als er nach dem Ersten Weltkrieg, der ihn an die russische und zuletzt an die italienische Front geführt hat, in seine südmährische Heimat zurückkehrte, die nun nicht mehr zu Österreich gehörte, sondern Bestandteil der Tschechoslowakischen Republik geworden war, war das für ihn Anlaß, seine politischen Ideen unter den völlig veränderten Verhältnissen umso eifriger und entschiedener zu vertreten: Zunächst als Vorsitzender des Volksbundes deutscher Katholiken in der Diözese Brunn als Gründer des Willmann-Bundes, der Vereinigung der deutschen katholischen Lehrerschaft in der Tschechoslowakei, bald aber auch auf dem Boden des Prager Parlaments, in das er als Abgeordneter des Wahlkreises Iglau erstmals 1925 und dann bei den folgenden Wahlen in den Jahren 1929 und 1935 wiedergewählt wurde.

Um auch auf dem ihm bisher weniger vertrauten Prager Boden sicher auftreten zu können und seine Kenntnisse des tschechischen Parteiwesens sowie der sonstigen nationalen Verbände, die für das deutsch-tschechische Problem von ausschlaggebender Bedeutung waren, zu vertiefen und zu erweitern, ließ er sich an der eben gegründeten Freien Schule der politischen Wissenschaften inskribieren. Diese von

Hodža nach dem Vorbild der Pariser Ecole libre des sciences politiques ins Leben gerufene Schule, an der Vorlesungen in den Weltsprachen und in allen in der Tschechoslowakei gesprochenen Sprachen gehalten wurden, wäre, wenn ihr ein längerer Bestand vergönnt gewesen wäre, sicherlich der geeignete Boden für das gegenseitige Kennenlernen von Deutschen und Tschechen geworden, der seit der Teilung der Prager Universität nicht mehr bestand. Hier konnte Zajiček nicht nur sein politisches Wissen erweitern, sondern auch seine Kenntnis der tschechischen Sprache vervollkommen.

1926 hatte die Deutsche Christlich-soziale Volkspartei Švehlas Angebot angenommen, der „Bürgerregierung“ beizutreten. Erstmals war nach fast achtjährigem Abseitsstehen der Deutschen eine Regierung der Tschechoslowakei gebildet worden, der nicht nur Tschechen und Slowaken, sondern auch Vertreter zweier deutscher Parteien, der Christlich-Sozialen und des Bundes der Landwirte, angehörten. Der erste Schritt in der Richtung einer Entwicklung der Tschechoslowakei vom Nationalstaat zum Nationalitätenstaat schien getan. Drei Jahre lang hatte Professor Robert Mayr-Harting als Vertreter der DCV das Justizressort bekleidet.

Als sich 1936 wieder die Frage nach einer Regierungsbeteiligung der deutschen Christlich-Sozialen stellte und der Parteivorstand abermals der Einladung Folge leistete, erging der Ruf der Partei, sie im Kabinett zu vertreten, an Erwin Zajiček.

Freilich hatte sich die Lage gegenüber der Situation, wie sie vor zehn Jahren bestand, wesentlich geändert. Die Wahlen vom 19. Mai 1935 hatten der Christlich-sozialen Partei eine Niederlage gebracht, sie war daraus nicht einmal halb so stark wie aus den Wahlen des Jahres 1925 hervorgegangen; gegenüber den Wahlen von 1929 hatte sie 5 Abgeordnetenmandate und 3 Senatssitze eingebüßt und verfügte jetzt nur noch über 6 Sitze im Parlament und 3 Sitze im Senat. So wurde ihr auch nicht mehr, wie 1926, das Justizministerium oder ein anderes Ressort angeboten, sie mußte sich mit dem Posten eines Ministers ohne Geschäftsbereich begnügen.

Die Auseinandersetzung um eine negativistische oder aktivistische Politik der Deutschen im tschechoslowakischen Staat hatte die bisherige Politik seit dem Jahr 1918 bestimmt: Die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die Sudetendeutschen, ihre Ausschließung von der Mitwirkung am Zustandekommen der Verfassungsurkunde hatte die Deutschen ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit zu einem Abseitsstehen im neuen Staat gezwungen. Erst Švehlas Einladung, sein Wort von den „Gleichen unter Gleichen“ führte zu einem Einschwenken eines Teils der deutschen Parteien ins Regierungslager, während der andere Teil in seiner oppositionellen Rolle verharrte. Wie wenig ein grundsätzlicher Negativismus den Vorstellungen der deutschen Bewohner entsprach, zeigt — darauf hat Zajiček später in seinem Nachruf auf den Schöpfer des christlichsozialen Parteiprogramms, Prälat Hilgenreiner, hingewiesen —, daß jene deutschen Parteien, die sich prinzipiell für eine Teilnahme an der Regierung aussprachen, 1,3 Millionen von insgesamt 1,7 Millionen Stimmen erhielten.

Als 1929 die Weltwirtschaftskrise auch die Tschechoslowakei erfaßte und gerade die von Deutschen besiedelten Gebiete ungleich härter traf als das tschechische Siedlungsgebiet, konnte die Frage, ob die aktivistische Politik den Deutschen mehr Vorteile gebracht hatte als die vorausgehenden Jahre einer negativistischen Hal-

tung dem Staat gegenüber, nur schwer mit einem eindeutigen Ja beantwortet werden. Das Ergebnis der Wahlen von 1935, aus denen die oppositionelle Sudetendeutsche Partei Henleins als stärkste Partei des Staates überhaupt hervorging, ließ den Gesinnungswandel der Wähler deutlich erkennen. Zajiček hielt auch unter den geänderten Verhältnissen an der Idee einer aktiven Mitarbeit der Deutschen fest, für ihn war das von Kamil Krofta, dem damaligen Außenminister der Tschechoslowakei geprägte Wort richtungweisend, der die dreieinhalb Millionen Deutscher in der Tschechoslowakei nicht als Minderheit, sondern als „Staatsvolk“ bezeichnete.

Am 26. Juni 1936 hat der Klubobmann der DCV, Dr. Luschka, gemeinsam mit dem Abgeordneten Zajiček dem Ministerpräsidenten die politischen, nationalen und religiösen Wünsche ihrer Partei bekanntgegeben und erläutert, am 2. Juli erfolgte Zajičeks Ernennung zum Minister ohne Geschäftsbereich. Seine Funktion ähnelte der der einstigen „Landsmannminister“ im alten Österreich, deren Wirkungskreis die Fürsorge für eine bestimmte Nation war. Auch das Amt des Ministers Zajiček — „Úřad ministra Ervína Zajička“, wie auf der mit dem Staatswappen geschmückten Amtstafel am Waldsteinpalais zu lesen war — stand vor allem Bittstellern in nationalen Angelegenheiten — Aufnahme in den Staatsdienst, Vergabe öffentlicher Aufträge und sonstige Alltagssorgen, wie sie in der Zeit der Wirtschaftskrise an der Tagesordnung waren — offen.

Im Frühling 1936 hatten die drei Abgeordneten Hacker, Jaksch und Schütz in drei verschiedenen Städten über das Thema „So kann es nicht weitergehen, die Tschechen müssen uns mehr entgegenkommen“ gesprochen und damit eine neue Phase der aktivistischen Politik, den „Jungaktivismus“, eingeleitet. Im November erklärte sich Ministerpräsident Hodža bereit, über ein gemeinsames nationales Aktionsprogramm zu verhandeln, das von der Regierung durchzuführen wäre. Zajiček war an den Verhandlungen hierüber maßgebend beteiligt: Am 27. Januar 1937 legten die drei deutschen Regierungsparteien eine Denkschrift vor, in der ihre Forderungen zusammengefaßt waren. Hodža machte insbesondere hinsichtlich der Aufnahme Deutscher in den Staatsdienst Zusagen, wollte aber gesetzliche Regelungen vermeiden.

Am 18. Februar beschäftigte sich der Ministerrat mit dieser Denkschrift und genehmigte als 1. Etappe die Erfüllung eines Teils der Forderungen. Das hierüber am 20. Februar ausgegebene Communiqué sagte die Heranziehung ortsansässiger Firmen und Arbeiter bei der Vergabe von Staatsaufträgen, die Anwendung des nationalen Proporz bei der Übernahme in den Staatsdienst sowie größere finanzielle Zuwendungen für soziale Maßnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Jugendfürsorge, im deutschen Gebiet zu; auf sprachenrechtlichem Gebiet wurden Erleichterungen im Verkehr zwischen Staatsbehörden und Selbstverwaltungskörperschaften angekündigt, auf kulturellem Gebiet Mittel zur Förderung deutscher Volksbildungseinrichtungen.

Die aktivistischen Parteien hatten auf die Schwierigkeiten des Staats mehr Rücksicht genommen als auf die Wahrnehmung ihrer eigenen Belange und darauf verzichtet, ihre Autonomiebestrebungen an die Spitze ihrer Wünsche zu stellen. Umso entschiedener erhob Henlein wenige Tage später die Forderung nach „völkischer

Selbstverwaltung und körperschaftlicher Vertretung“ und wandte sich gegen die „unbefriedigenden Formulierungen“ der Denkschrift der deutschen „Splitterparteien“.

Während Hodža in den Vereinbarungen vom 18. Februar den „Beginn einer geschichtlichen Wende“ erblickte, nannte Deutschlands Gesandter in Prag, Eisenlohr, die deutschen Minister in der Tschechoslowakei Werkzeuge, „um dem Ausland Sand in die Augen zu streuen“ und „Feigenblätter zur schamhaften Verhüllung von deren antideutscher Politik“.

Die Bilanz, die die deutschen Minister ein Jahr nach Abschluß des Gentlemen Agreement zogen, konnte feststellen, daß eine große Zahl deutscher Firmen Staatsaufträge erhalten hatte, daß durch Steuerrückvergütungen zahlreichen deutschen Industriebetrieben geholfen werden konnte; die finanzielle Unterstützung deutscher Studenten war erhöht worden, in den Staatsdienst, aus dem in den ersten Nachkriegsjahren etwa 33.000 Deutsche entfernt worden waren, hatte man 1500 Deutsche als Beamte und 5500 als Arbeiter neu aufgenommen. Zajiček hat aus seiner Enttäuschung über diese geringen Zugeständnisse der tschechischen Koalitionsparteien nie ein Hehl gemacht: „Relativ waren die Erfolge beachtlich, gemessen an dem damals bereits bestehenden Weltbrand waren sie winzig klein . . .“

Am 24. März 1938 beschloß die Reichsparteileitung der Deutschen Christlich-sozialen Volkspartei, ihre Tätigkeit einzustellen, aus der Parlamentsmehrheit auszuseiden und ihren Vertreter aus der Regierung abzuberaufen. Sie trug damit, wie der darüber ausgegebene parteioffizielle Bericht feststellt, der Enttäuschung Rechnung, welche „das Versagen der Februar-Richtlinien in der gesamten sudetendeutschen Bevölkerung ausgelöst hat, so daß das bisherige System des Aktivismus scheitern mußte“.

Vom März bis Oktober 1938 blieb Zajiček Abgeordneter des Prager Parlaments, ohne einem Parteiklub anzugehören. Mit Ablauf des 30. Oktober — nach der Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete auf Grund des Münchner Abkommens — wurde sein Mandat aberkannt. Zajiček wirkte nun wieder als Hauptschullehrer in Znaim, bis zu seiner Einberufung als Pionier-Hauptmann zum Wehrdienst. Aus russischer Kriegsgefangenschaft konnte er im Dezember 1946 nicht mehr nach Mähren zurückkehren, er fand mit seiner Familie im niederösterreichischen Poysdorf eine neue Heimat. Hier wirkte er als Schulrat bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1955. Seine außerberufliche Tätigkeit galt weiterhin seinen Landsleuten und Schicksalsgefährten, deren soziale Interessen er in der Österreichischen Volkspartei, zuletzt als Vorsitzender des niederösterreichischen Rentner- und Pensionistenbundes ebenso selbstlos und unermüdlich vertrat wie einst als „Landsmann-Minister“ der Tschechoslowakei. Viele Jahre lang gehörte er dem Bundesvorstand der Klemensgemeinde, der Vereinigung heimatvertriebener Katholiken in Österreich, an und leitete den Dachverband der Südmährer in Österreich. Er war auch der Initiator der Südmährer-Gedenkstätte auf dem Kreuzberg an der niederösterreichisch-mährischen Grenze gegenüber von Nikolsburg. Nach zwei schweren Operationen ist er, kurz vor Vollendung seines 86. Lebensjahres, am 29. Oktober 1976 gestorben und wurde am 3. November in Poysdorf zu Grabe getragen.

*

Zajičeks praktischen Zielen zugewandte Art, die ihn überall zupacken ließ, wo eine akute Frage zu lösen war, einerlei, ob es sich um große Fragen der Volks- und Staatspolitik handelte oder aber um einen Einzelfall, dessen Lösung für den Betroffenen aber genau so entscheidend sein konnte, ließ ihm nicht viel Zeit darüber nachzudenken, ob sein zweijähriges Wirken als Regierungsmitglied der Tschechoslowakischen Republik als Erfolg oder als Fehlschlag zu werten sei. Mit lebhaftem Interesse hat er die weitere Entwicklung in der alten Heimat verfolgt und hat gelegentlich zur Feder gegriffen, um diese Ereignisse zu kommentieren. Gegenüber den Geschehnissen der Jahre 1945 oder 1948 mußten die alten Gegensätze zwischen Aktivisten und Negativisten verblassen — so wie die Vertreibung keinen Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen der Sudetendeutschen gekannt hat.

Auch Zajiček blieb das Schicksal nicht erspart, das im böhmisch-mährischen Raum offenbar allen beschieden ist, die um die Errichtung von Brücken zwischen Deutschen und Tschechen, um eine Vermittlung von Volk zu Volk bemüht sind, Extreme zu vermeiden, einen Radikalismus in der einen wie in der anderen Richtung abzubauen versuchen: von den eigenen Landsleuten geringschätzig behandelt, wenn nicht gar beschimpft oder verlacht, vom Partner getäuscht und im Stich gelassen. Von den „deutschen Reklameministern der Splittergruppen im Prager Kabinett“ sprach 1938 das Organ des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa „Nation und Staat“, in dessen Spalten im übrigen der Name Zajiček nie genannt wurde. Aber auch in der von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Geschichte der Tschechoslowakei wird Zajiček nicht erwähnt.

Unverdrossen war Zajiček darangegangen, die zwischen beiden Völkern Böhmens und Mährens aufgerichtete Scheidewand Stück für Stück abzutragen, den Weg von Volk zu Volk wieder freizumachen und die alten Vorurteile abzubauen. Das geringe Verständnis, auf das alle seine rastlosen Bemühungen auf tschechischer Seite gestoßen waren, hat ihn tief enttäuscht. So war es nur folgerichtig, wenn die Todesanzeige, die von seinem Ableben berichtet, nicht von dem Minister der Tschechoslowakischen Republik a. D. Erwin Zajiček spricht, sondern nur von einem „Heimatvertriebenen aus Südmähren“.